

Antrag

für die 5. öffentliche Sitzung des Rates der Gemeinde St. Katharinen
am 03.02.2010

„Umweltsituation in der Gemeinde St. Katharinen – Stand und Ausblick“

Sachverhalt: Der Erhaltung unserer Umwelt kommt steigende Bedeutung zu. Sie ist auch ein wesentlicher Faktor im Hinblick auf die Qualität des Lebens und Wohnens einer Gemeinde.

Auch wenn jede einzelne Kommune bezogen auf die globalen Probleme des Klimawandels nur sehr begrenzte Einflussmöglichkeiten hat, so stehen ihr doch eine Vielzahl anderer Möglichkeiten offen, lokal die Umwelt zu schützen.

So hat der mit großem Erfolg im Jahre 2006 gemeinsam mit örtlichen Vereinen geplante und durchgeführte „Umweltag“ gezeigt, dass eine große Bereitschaft bei Jung und Alt besteht, sich persönlich zu engagieren. Im Ergebnis hatte der damalige Umweltag dazu geführt, dass eine beträchtliche Menge Müll auf der Gemeindefläche aufgesammelt und sachgerecht entsorgt werden konnte. Insgesamt hat der Kreis Neuwied auch aktuell mit erheblichen Problemen durch illegale Müllablagerungen zu kämpfen (RZ 12.11.2009). So werden jährlich zwischen 700 und 800 derartige Fälle registriert.

Zwar war mehrfach die Wiederholung des „Umwelttages“ angedacht und von der FWG auch im Rat angesprochen worden (25. Sitzung, 28.06.2007). Von Seiten des Ortsbürgermeisters wurde sie für 2008 angekündigt. Allerdings ist es bislang zu keiner Wiederholung gekommen.

Von Seiten des Kreises werden darüber hinaus verschiedene – im weiteren Sinne umweltbezogene - Initiativen unternommen bzw. unterstützt, so etwa der Kampf gegen die Ausbreitung sog. „Neophyten“ (d.h. nicht einheimischer Pflanzen) wie etwa des „Indischen Springkrauts“. Dieses Gewächs hat sich auch entlang der Bachläufe auf St. Kathariner Gemarkung zuletzt massiv ausgebreitet.

Die Artenvielfalt im Kreis Neuwied ist bedroht. Neben Änderungen aufgrund des Klimawandels sind aber auch menschliche Eingriffe unmittelbar dafür verantwortlich. Das Verschwinden der Streuobstwiesen, weil die Obstbäume oft zu viel Arbeit machen, ist dafür ein Musterbeispiel. Nach Einschätzung der Unteren Naturschutzbehörde (RZ 05.09.2009) gab es Ende der 30 Jahre noch allein im Amt Engers ca. 25000 Apfel- und 14000 Kirschbäume. Heute dagegen gibt es im ganzen Kreis Neuwied wahrscheinlich keine 10000 Obstbäume mehr. Mit ihnen sind auch Tiere wie der Steinkauz, die Fledermaus, der Garten-

oder Siebenschläfer nahezu ganz verschwunden. Vom 1. Kreisbeigeordneten Hallerbach sind die Streuobstwiesen deshalb zum Arbeitsschwerpunkt erklärt worden. So ist bereits ein Handlungsleitfaden erstellt worden, wie der Zustand der Streuobstwiesen und die Nutzung des geernteten Obstes verbessert werden kann.

Ein weiteres Problem ist der Einsatz chemischer Pflanzenschutzmittel. Obgleich vom Gesetzgeber ihr Einsatz auf öffentlichen gepflasterten Wegen, begrünten Dorfplätzen und Straßenrändern unzulässig ist, wird dies offenbar doch sogar auch von Gemeinden praktiziert (RZ 12.09.2009).

Inhalt des Antrages: Die FWG beantragt, frühzeitige Absprachen mit den örtlichen Vereinen zu treffen, um im Frühjahr 2010 erneut einen Umwelttag sowie ggf. wiederholte Aktionen zur Bekämpfung des „Indischen Springkrauts“ durchzuführen.

Zudem sollte ein „runder Tisch“ in der Gemeinde einberufen werden, um zu klären, in welchem Ausmaß derzeit noch Streuobstwiesen in der Gemeinde vorhanden sind und wie ihre Pflege und Nutzung verbessert werden kann. Ebenso könnten auch Anregungen Einzelner aus der Gemeinde dort besprochen werden.

Von Seiten der Verwaltung sollte dargelegt werden, ob chemische Unkrautbekämpfungsmittel in der Gemeinde zum Einsatz kommen und wenn ja, ob dies mit der zuständigen Behörde (ADD Trier) abgestimmt ist.

Zudem wäre zu überlegen, ob von Seiten der Gemeinde „Patenschaften“ ausgelobt werden sollten, durch die sich Vereine, aber auch Firmen und Einzelpersonen verpflichten, regelmäßig einzelne Abschnitte von Straßenrändern auf dem Gemeindegebiet vom Müll zu befreien. Dies könnte entsprechend jährlich gewürdigt und an den Straßen bekanntgegeben werden.

Begründung:

Die FWG stellt diesen Antrag, um aufbauend auf den guten Erfahrungen mit dem Umwelttag 2006 und dem dort gezeigten Engagement der Beteiligten Möglichkeiten auszuloten, wie kommunal konkrete Maßnahmen zum Schutz und dem Erhalt der Umwelt und der entstandenen Kulturlandschaft gestaltet werden könnten.